

Heike Egner, Martin Schmid (Hrsg.)

Jenseits traditioneller Wissenschaft?

Zur Rolle von Wissenschaft in einer
vorsorgenden Gesellschaft



 oekom

Heike Egner, Martin Schmid u.a. (Hrsg.):
Jenseits traditioneller Wissenschaft?
Zur Rolle von Wissenschaft in einer vorsorgenden
Gesellschaft

ISBN 978-3-86581-325-1

246 Seiten, 16,5 x 23,5 cm, 34,95 Euro

oekom verlag, München 2012

©oekom verlag 2012

www.oekom.de

Zur Einleitung: Wissensproduktion jenseits traditioneller Wissenschaft

Eine Herausforderung für Wissenschaft und Gesellschaft

Probleme kann man niemals mit
derselben Denkweise lösen,
durch die sie entstanden sind.

Albert Einstein

1 Veränderungszwang und Veränderungstendenzen der Wissenschaft

Seit etwa drei Jahrzehnten gibt es eine Debatte darüber, wie Wissenschaft sich verändern muss, wenn sie Prinzipien wie „Vorsorge“ und „Nachhaltigkeit“ ernst nimmt und substantielle Beiträge zu deren Umsetzung liefern möchte. Die Debatte über die Veränderung der Wissenschaft hat sich dabei bereits selbst „verwissenschaftlicht“: Die unterschiedlichen „Lager“ sind mit wissenschaftstypischen Schlagworten wie „Mode 1“- und „Mode 2“-Forschung gekennzeichnet. Nach Nowotny, Scott & Gibbons (2003, S. 179) versteht man unter „Mode 1“-Forschung das traditionelle Verständnis von wissenschaftlicher Erkenntnissuche, das sich vor allem durch die Vorherrschaft von theoretischer und stark experimentell organisierter Forschung charakterisieren lässt, die in einer Systematik von Einzeldisziplinen betrieben wird und auf einer starken Autonomie der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den beteiligten Wissenschaftsinstitutionen beruht. „Mode 2“ wird als Gegenprogramm verstanden, als ein neues Paradigma der Wissensproduktion, in der Wissen sozial verankert, anwendungsorientiert, transdisziplinär und unter einer verteilten Zurechenbarkeit von Verantwortlichkeiten erzeugt wird (vgl. Gibbons et al. 1994). Zwischen diesen beiden Positionen verläuft seit etwa zwanzig Jahren die Debatte über die Notwendigkeit einer Veränderung der Wissenschaft sowie über die Art und Weise der Veränderung. Dabei wird beispielsweise über eine drohende Politisierung der Wissenschaft bei einer derartigen Veränderung diskutiert (vgl. z. B. Shinn 2002), nach angemessenen Methoden inter- und transdisziplinärer Forschung gesucht (vgl. beispiels-

weise Bergmann et al. 2010; Hoffmann et al. 2009) sowie über die „richtigen“ Indikatoren für Nachhaltigkeit (vgl. z. B. Sturm & Egli 2000; Born & Haan 2008) und über die Möglichkeiten und Grenzen von Modellierung und Szenarienbildung gestritten. Was jedoch Wissenschaft zu einer „nachhaltigen“ oder „vorsorgenden Gesellschaft“ beitragen, welche Rolle sie in der fundamentalen Transformation einer nachhaltigen Entwicklung einnehmen kann – das bleibt eine nach wie vor offene Frage. Ob natur-, kultur- oder sozialwissenschaftlich orientiert – wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „Nachhaltigkeit“ und „Vorsorge“ als Leitbilder für gesellschaftliche Entwicklung begrüßen, folgen daraus Konsequenzen für ihre Praxis, ihr Selbstverständnis und die Reichweite des wissenschaftlich hergestellten Wissens.

Das Konzept der Nachhaltigkeit hat sich – trotz oder gerade wegen seiner begrifflichen Unschärfe (siehe hierzu auch Abschnitt 4) – in der Wissenschaftslandschaft mittlerweile so weit etabliert, dass es in der Ausschreibungs- und Selbstverpflichtungsrhetorik von Organisationen der so genannten Drittmittelförderung sowie vielen Universitäten ganz selbstverständlich mitgeführt wird (vgl. beispielsweise Schneidewind 2009; Studierendeninitiative 2009, 2012; Schmithals et al. 2011), auch wenn sich die Universitäten und Hochschulen selbst in diesem Veränderungsprozess nach wie vor in einer Art „Feldversuch“ (vgl. z. B. Altner & Michelsen 2005) mit offenem Ausgang befinden. In der Wissenschaft tritt das Konzept „Nachhaltigkeit“ mittlerweile meist in Verbindung mit Prinzipien wie Inter- und Transdisziplinarität auf, die auch von immer mehr Förderinstitutionen als Voraussetzungen für eine *erfolgreiche* Forschung für nachhaltige Entwicklung gesehen werden. Seit Mitte der 1990er-Jahre gewinnen daher zunehmend Formen der Kooperationen zwischen Wissenschafts- und PraxispartnerInnen in der Forschungspraxis sowie die starke Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Disziplinen in interdisziplinären Projekten an Bedeutung (vgl. Schmithals et al. 2011, S. 5) – ob als Reaktion auf die „Krise der Wissenschaft“ oder als Reaktion auf veränderte Forschungsbedingungen und Förderpolitik ist so genau nicht zu unterscheiden. Offenbar werden an Inter- und Transdisziplinarität jedoch die Hoffnungen geknüpft, wissenschaftliche Arbeit und die damit verbundene Erkenntnisuche so zu verändern, dass sich ihre gesellschaftliche Wirksamkeit erhöht (vgl. z. B. Gibbons et al. 1994, Novotny, Scott & Gibbons 2003, Bergmann et al. 2010). Jedoch sind die Prinzipien von Inter- und Transdisziplinarität weder Selbstzweck noch per se die „bessere“ Art, Wissenschaft zu betreiben, vielmehr nur *eine* der möglichen Formen von Wissenschaft, die bei bestimmten Themen oder Fragestellungen sehr angebracht erscheint. Der Einsatz und die Anwendung der Prinzipien von Inter- und Transdisziplinarität müssen ebenso begründet werden, wie jede andere Form von Wissenschaft auch – mit einer bestimmten Forschungsfrage, einem Erkenntnisinteresse oder einem Auftrag an die Wissenschaft, der sich mit und in den Routinen disziplinärer Wissenschaft nicht oder nicht so gut bearbeiten ließe. Fehlt diese Begründung, wird Inter- und Transdisziplinarität entweder in der Art einer Selbstzweck-Erfüllung („weil man Wissenschaft eben derzeit so macht“) oder als Leerformel („weil es dafür Fördermittel gibt“) betrieben. Im letzteren Fall wird Inter- und Transdisziplinarität von WissenschaftlerInnen als auferlegter Zwang oder als zusätzliche Verkomplizierung ihrer Arbeit erlebt.

Sie arbeiten dann *auch* mit anderen Disziplinen oder *auch* mit „PraxispartnerInnen“, (regionalen) EntscheidungsträgerInnen, Jugendlichen oder Interessensgruppen zusammen, weil sie sonst keine Chance hätten, an Fördermittel aus Finanzierungstöpfen der „Nachhaltigkeitsforschung“ zu kommen. So wird die Welt weiter in den Traditionen der Disziplin betrachtet, sind Forschungen gemeinsam mit Nicht-WissenschaftlerInnen faktisch eher Methoden der Datenerhebung als Wege gemeinsamer Generierung von Wissen im Sinne transdisziplinärer Forschung.

Der Ansatz dieses Buches ist ein anderer. Wir machen uns auf die Suche nach Bewegungen in Richtung Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung *in den Wissenschaften selbst*, nach Begründungen für eine veränderte Praxis wie z. B. Inter- und Transdisziplinarität. Wir haben AutorInnen aus einem breiten Spektrum verschiedener Wissenschaften eingeladen und sie aus der Perspektive ihres jeweiligen Feldes und vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen um die Beantwortung folgender Frage gebeten: *Wie sollte sich Wissenschaft verändern, wie müssten sich das Selbstverständnis von Wissenschaft, wie sich Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und die wissenschaftliche Praxis verändern, damit sie wünschenswerte Veränderungsprozesse in der Gesellschaft unterstützen kann?*¹ Eine solche Frage ist prinzipiell offen und sie fordert alle Disziplinen gleichermaßen heraus. Es gibt keine Expertinnen und Experten für diese Frage, sondern sie stellt jede Wissenschaftlerin und jeden Wissenschaftler vor die Aufgabe, das eigene Tun hinsichtlich ihrer und seiner gesellschaftlichen Wirksamkeit kritisch zu befragen. Die Antworten, die wir in Form von Beiträgen zu diesem Buch bekamen, sind entsprechend divers. Sie reichen von grundsätzlichen Überlegungen über eine vorsorgende Gesellschaft und der Rolle von Wissenschaft bis zur Analyse und Reflexion konkreter Entscheidungsprozesse auf lokaler Ebene bei denen wissenschaftliche Expertise sowie andere Formen von Wissen eine Rolle gespielt haben.

Wissenschaft verändert sich doch ohnedies ständig, sie hat das immer getan und wird es auch weiter tun, könnte man gegen die zentrale Frage dieses Buches einwenden. Tatsächlich ist unübersehbar, dass Wissenschaft und ihre Praxis gerade aktuell einem rapiden Wandel unterworfen sind – in den Förderstrukturen, in den Karriereverläufen, im Verhältnis ihrer Institutionen zur Politik und Wirtschaft, in den technischen Mitteln der Kommunikation, den vielfältigen Möglichkeiten der Visualisierung u.v.m. Dieser Wandel greift tief ein in die Praxis der Wissenschaften, verändern entscheidend, was Wissenschaft wie tut und tun kann. Alle diese Veränderungsprozesse zu berücksichtigen, sie darauf hin zu befragen, welche positiven und negativen Konsequenzen sie für die wissenschaftliche Praxis haben, würde den Rahmen dieses und jedes Buches bei weitem sprengen. Uns ging es um etwas anderes. Wir haben uns auf unsere Kernfrage konzentriert, wie sich Wissenschaft verändern muss oder soll, wenn sie zu den notwendigen Veränderungsprozessen in der Gesellschaft beitragen will. Wir haben dazu Beiträge versammelt, um eine bewusste,

¹ Dies schließt implizit die Frage mit ein, woher wir (als Gesellschaft) eigentlich wissen, welche Veränderungen „wünschenswert“ sind. Das ist also eine im umfassenden Sinn politische Frage. Zu deren Beantwortung kann Wissenschaft beitragen – um sie jedoch (wissenschaftlich) beantworten zu können, braucht es notwendigerweise gemeinsame Forschung mit Partnerinnen und Partnern aus der gesellschaftlichen Praxis.

intentionale Veränderung in den Blick zu bekommen. Dazu braucht es, davon sind wir überzeugt, mehr Gelegenheiten, diese Art grundsätzlicher Fragen zu stellen. In der Wissenschaft fehlen nach wie vor Räume, die über die Grenzen von Disziplinen und Institutionen hinweg eine solche Form von Reflexivität und Selbstbeobachtung zu praktizieren erlauben, Grundfragen nach dem eigenen Tun in Differenz zu dem anderer zu stellen. Dieser Band ist ein Versuch, einen solchen Raum zu schaffen. Es ist der Versuch, Veränderungen nicht bloß zu beschreiben und zu analysieren (darin ist Wissenschaft ja geübt), sondern auch einzufordern, für oder gegen beobachtete Tendenzen Stellung zu beziehen. Denn möglicherweise führen die derzeitigen Entwicklungen hin zu transdisziplinärer Wissenschaft ja tatsächlich zu einem „Jenseits“ der Wissenschaft. Zwar betont eine der Definitionen für transdisziplinäres Wissen, dass es sich dabei um Wissen handelt, das in einem spezifischen Anwendungskontext entsteht und seine eigenen unterscheidbaren theoretischen Strukturen, Forschungsmethoden und Praktiken besitzt, die aber nicht auf einer vorherrschenden disziplinären Karte lokalisierbar sind (vgl. Gibbons et al. 1994, S. 168). Die Forschungspraxis zeichnet sich bislang weitgehend dadurch aus, dass zwar Wissen produziert wird, die Spannung zwischen *Stakeholdern* der (theoretisch orientierten und fundierten) Wissenschaft und *Stakeholdern* der (anwendungsorientierten und fundierten) Praxis jedoch meist dadurch gelöst wird, dass auf Theorie und theoretische Strukturbildung verzichtet wird. Auf diese Weise entstehen im besten Fall Einzelfall-Erzählungen, die mit großem Engagement und meist mit viel Enthusiasmus von allen Beteiligten erarbeitet werden, aber für die Wissenschaft im traditionellen Sinne wenig fruchtbar sind (von der Anschlussfähigkeit an wissenschaftliche Debatten bis hin zu Publikationsmöglichkeiten in anerkannten wissenschaftlichen Zeitschriften sowie den Karrierechancen der WissenschaftlerInnen, die diese Art Forschung betreiben). Daher ist die Frage nach einer geeigneten Form der Wissensproduktion jenseits der Formen traditioneller Wissenschaft nach wie vor offen.

Vor diesem Hintergrund werfen wir im Folgenden zunächst einen genaueren Blick auf Wissen, Nicht-Wissen und Ungewissheit als die entscheidenden Rahmenbedingungen rationaler gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse, gefolgt von einigen Überlegungen zu den Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Wissensproduktion, um dann der Frage nachzugehen, ob denn „Nachhaltigkeit“ oder „Vorsorge“ als tragfähige Konzepte für die Produktion von gesellschaftlicher Wissensproduktion gelten können.

2 Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Entscheidungsfindung: Wissen, Nicht-Wissen und Ungewissheit

Das Treffen von Entscheidungen setzt in der Regel Wissen voraus, Wissen über den Kontext, die Bedingungen sowie die möglichen Konsequenzen der zu treffenden Entscheidung. Traditionellerweise ist es die Aufgabe der Wissenschaft, für gesellschaftliche Entscheidungen das spezifische Wissen bereitzustellen, das als Grundlage für derartige Entscheidungen genutzt werden kann (vgl. Luhmann 1992). Eine Gesellschaft, die den Auftrag ernst nimmt, nachhaltig zu agieren und vorsorgende Entscheidungen zu treffen, muss

in der Lage sein, Visionen zu entwickeln und die Fähigkeit erlangen, gemeinsam, absichtsvoll und weltweit mit weit in die Zukunft reichenden Wirkungen zu handeln (vgl. auch Fischer et al. in diesem Band). Davon sind wir derzeit weit entfernt.

Um kollektive Entscheidungen einer solchen Tragweite treffen zu können, ist Wissen notwendig, darunter auch das von Wissenschaften produzierte Wissen. Mittlerweile ist es jedoch sehr deutlich geworden, dass jedes Wissen prinzipiell unsicher, vorläufig und unvollständig ist. Wegen seiner Uneindeutigkeit scheint mehr Wissen die Unsicherheit in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen oft eher zu erhöhen statt zu reduzieren (nahezu jedes Gutachten lässt sich mit einem – wissenschaftlich in der Regel ebenso validen – Gegengutachten argumentativ entkräften, was weitere Gutachten erforderlich macht usw.). Die weitere Erarbeitung von mehr Expertenwissen (im Sinne der klassischen Rolle der Wissenschaft) erscheint daher nicht ausreichend und wirkt in Teilen sogar kontraproduktiv, wird sie doch vielfach auch für die Entwicklung der derzeit diskutierten „Krise“ mit verantwortlich gemacht. Vielmehr sind Prozesse kollektiver Willensbildung und Visionen für gesellschaftliche Entscheidungen notwendig, an denen sich auch die Wissenschaft beteiligen kann (vgl. Fischer et al. in diesem Band). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welcher Weise Wissenschaft ihre Praktiken der Wissensproduktion überdenken muss und was sie jenseits der klassischen Rolle als Wissensproduzentin, also jenseits der Bereitstellung von disziplinär-orientierten Expertinnen und Experten, zu den in einer vorsorgenden Gesellschaft unverzichtbaren kollektiven Entscheidungen und Visionen beitragen kann.

„Wissen“ wurde auch in der Wissenschaft noch nie zum Selbstzweck produziert. Vielmehr diene das errungene Wissen immer dazu, etwas zu verstehen, zu verändern, zu verbessern oder auch zu eliminieren. Jedenfalls zeigt eine retrospektiv historische Analyse von Wissen, dass jedes Wissen eine Absicht in sich trägt und dass die „Objektivität“ wissenschaftlichen Wissens sich erst im 19. Jahrhundert in Konkurrenz zu anderen Idealen durchzusetzen begann (vgl. Daston & Galison 2007). Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen, mit denen wir uns seit einiger Zeit konfrontiert sehen, ist eine wesentliche Frage, ob sich die Gesellschaft „eher auf Erkennen (Wissensgesellschaft) oder auf Handeln (Risikogesellschaft) stützen kann“ (Japp 1999, S. 30). Das lange 20. Jahrhundert der ausgeprägten Technikgläubigkeit und der lange unhinterfragten Wachstumsideologie lässt sich als Ausdruck einer Handlungsorientierung interpretieren. Erste erhebliche – und weit gestreute – Zweifel an der grundsätzlichen Möglichkeit und Notwendigkeit der Beherrschung von Natur tauchten in Europa etwa Mitte der 1970er-Jahre auf. Seitdem bröckeln die eindeutigen Interpretationen des Weltgeschehens ebenso wie verbindliche gesellschaftliche Vorgaben für die Handlungen von Einzelnen und Kollektiven. Eindeutigkeit, und die damit verbundene Sicherheit, von Erkenntnis und Wissen wurde nach und nach durch Unsicherheit und das Wissen um Nichtwissen und Ungewissheit ersetzt (vgl. Bauman 1999; Beck 2008). Es ist geradezu ein Kennzeichen der Reflexiven oder Zweiten Moderne (Beck, Giddens & Lash 1996; Beck & Bonß 2001), dass die Unsicherheiten zunehmen und gleichzeitig die gesellschaftlichen Risiken steigen. Dabei hatte das Nicht-Wissen wissenssoziologisch lange Zeit eher den Status einer Art „Abweichung vom wahren

ren Wissen“ (Japp 1999, S. 25), während es heute eher in den Mittelpunkt auch des wissenschaftlichen Interesse rückt (vgl. z. B. Wehling 2001). Mittlerweise wissen wir (wieder), dass wir vieles nicht wissen, aber gleichzeitig auch, dass wir nicht wissen, was wir nicht wissen. Es ist genau die „latente Einheit von spezifischem und unspezifischem Nichtwissen“ (Japp 1999, S. 29) die etwas zum Risiko macht. Eine gesellschaftlich entscheidende Frage dabei ist, ob wir relevantes und spezifisches Nichtwissen von dem unspezifischen und irrelevanten Nicht-Wissen unterscheiden können. Traditionellerweise wurde diese Aufgabe an die Wissenschaft delegiert.²

Gerade wenn es um Nachhaltigkeitsfragen geht ist noch eine andere Unterscheidung relevant, nämlich die Frage danach, welche Art von Wissen, denn zu Handlung und Veränderung von Praktiken führt. Die Psychologie unterscheidet mindestens drei Arten von Wissen (vgl. Martens 2005):

- Systemwissen, mit dem sich beispielsweise einschätzen lässt, wie realistisch ein skizziertes Bedrohungsszenario ist; das Verursacher, Betroffenen, Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenspotenzial sowie einen Zeithorizont zu identifizieren ermöglicht.
- Handlungswissen, das darüber informiert, ob es eine geeignete Handlung zur Lösung eines spezifischen Problems gibt und das einschätzen lässt, ob die Handlung durchführbar und wirksam sein wird.
- Umsetzungswissen, das für die tatsächliche Realisation der erforderlichen Handlung von Nöten ist.

Wissen alleine reicht jedoch für eine Umsetzung in Handlung noch nicht aus. Dafür – um z. B. eine spezifische gesellschaftliche Entscheidung zu treffen – braucht es dann noch den Einsatz von Motivation, Intention und Volition (Wille), wobei das Systemwissen vor allem mit Motivierung, das Handlungswissen mit Intention und das Umsetzungswissen mit Volition verknüpft ist (vgl. Martens 2005, S. 36). Bei der Gestaltung gesellschaftlicher Interventionen, wie sie im Sinne der Nachhaltigkeit notwendig erscheinen, wäre es angebracht, die Dreiteilung des Wissens zu einer ihrer Grundlagen zu machen.

Helga Nowotny schließlich führte vor einigen Jahren den Begriff der „sozialen Robustheit“ in die Wissensdebatte ein. Nach ihrem Verständnis braucht es für gesellschaftliche Entscheidungsprozesse nicht nur „verlässliches Wissen“, sondern Wissen, das darüber hinaus noch „sozial robust“ gemacht werden kann (vgl. Nowotny 1999, 2004). Dies erfolgt über einen Prozess bei dem die wissenschaftlich errungene und damit als verlässlich anerkannte Erkenntnis „durch entsprechendes Infiltrieren mit einem gesellschaftlichen Kontext robust gemacht“ (Nowotny 2004, S. 179) wird. Sozial robustes Wissen muss zwangsläufig relational, immer in einen bestimmten gesellschaftlichen Kontext eingebunden sein und prinzipiell für das Unvorhergesehene, die Zukunft, offen bleiben. Die Aufbe-

² „Zur Ausdifferenzierung eines besonderen Funktionssystems Wissenschaft kann es nur kommen, wenn das relevante Nichtwissen spezifiziert wird. Nur so wird Nichtwissen zum Anlass der Bemühung um Wissen. Also muss, um Wissensbemühung in Gang zu bringen, unspezifiziertes Nichtwissen von spezifiziertem Nichtwissen unterschieden werden“ (Luhmann 1995, S. 177).

reitung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Sinne unterschiedlicher Wissensarten (Systemwissen, Handlungswissen und Umweltwissen) mag dazu beitragen, den Prozess des „Infiltrierens gesellschaftlicher Kontexte“ zu ermöglichen und das Wissen robust zu machen. Welche Praktiken und Wege sich hier eignen – das ist eine der großen Fragen, die bislang noch offen sind und für die Wissenschaft und Gesellschaft gleichermaßen verantwortlich sind. Immerhin ist uns mittlerweile weitgehend bewusst, dass wir unsere gesellschaftlichen Entscheidungen unter den Bedingungen von Nicht-Wissen und Ungewissheit treffen und diese Ungewissheit sich auch nicht ändern lassen wird. Dies scheint eine notwendige Voraussetzung dafür zu sein, dass Entscheidungen zukunfts offene Komponenten enthalten können.

3 Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Wissensproduktion: Universitäten, Projekte und ExpertInnenwissen

Wissenschaftliches Wissen wird heute in unterschiedlichsten Organisationen und Institutionen produziert. Diese organisatorischen Bedingungen haben entscheidenden Einfluss auf den Prozess und das Resultat wissenschaftlicher Arbeit. Bewusst haben wir in diesem Band AutorInnen versammelt, die unter unterschiedlichen Bedingungen Wissenschaft betreiben: ProfessorInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen an Universitäten, ExpertInnen und PolitikberaterInnen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die ihre Forschung entweder über einzuwerbende Projektmittel oder über das Grundbudget ihrer Institute finanzieren. Unter den AutorInnen finden sich WissenschaftlerInnen die einzeln und solche, die vorwiegend in Teams arbeiten. Allein schon das Beispiel Universität zeigt, wie schnell sich die Bedingungen wissenschaftlicher Wissensproduktion verändern. Im deutschsprachigen Raum scheint in immer kürzerer Folge eine Universitätsreform auf die andere zu folgen. Instrumente des Managements und der Steuerung werden von der Politik implementiert, um die Universitäten „effizienter“ zu machen: in der Steigerung von AbsolventInnenzahlen, in der Verwaltung der von öffentlicher Hand zugewiesenen Mittel, in der Einwerbung zusätzlicher Finanzmittel für die Forschung. Dahinter steckt das berechnete Anliegen der Politik, dass öffentliche Mittel sparsam und widmungsgemäß eingesetzt werden. Dahinter steckt aber auch, so lässt sich begründet vermuten, ein wachsendes Misstrauen gegenüber der Wissenschaft. Entwicklungspläne, Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit Universitäten, Instituten und einzelnen Wissenschaftsvertretern, mit VertreterInnen der „Wirtschaft“ besetzte Aufsichtsräte für Universitäten, all das sind auch Instrumente der Kontrolle und Steuerung eigentlich „autonomer“ Universitäten. Wissenschaft scheint unter einem generellen Verdacht zu stehen, sie würde nicht das Richtige und Wichtige tun, wenn man ihr zuviel Freiheit gewährt. Eine bewusstere Gestaltung des Aushandlungsprozesses zwischen Wissenschaft zum Beispiel in ihrer organisatorischen Form Universität mag prinzipiell geeignet sein, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass Gesellschaft von Universität bekommt, was sie von ihr will. Der Preis dafür ist eine Beschränkung der Autonomie von Wissenschaft. Und diese Autonomie wiederum ist Voraussetzung dafür, dass Wissenschaft Grundfragen jenseits ökonomischer Zwänge und